



Jordanien und der israelische Militärschlag in Gaza

Bewährungsprobe für das jordanische Königshaus

Melanie Carina Schmoll

Nach der einseitigen Aufkündigung der Waffenruhe mit Israel durch die Hamas am 19. Dezember 2008 begann die israelische Armee mit einer Militäroperation im Gazastreifen. Reaktionen der Arabischen Liga unterstützten zwar die Palästinenser, doch stieß der verhaltene Charakter der Kritik auf Unzufriedenheit in den arabischen Staaten. Druck durch die eigene Bevölkerung sind dabei jene arabischen Staaten ausgesetzt, die einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet haben und sich somit in einer günstigeren Lage zu befinden scheinen, diplomatischen Einfluss auf Israel auszuüben. Neben Ägypten ist dies vor allem Jordanien.

Jordanien ist zudem in der besonderen Situation, die meisten palästinensischen Flüchtlinge aufgenommen zu haben. Das Land steht daher ganz besonders im Focus der Palästinenser, der Israelis und auch der internationalen Gemeinschaft, wenn es um Friedensbemühungen in der Region geht. Vor allem auf König Abdullah lastet eine hohe Verantwortung. Diese liegt nicht nur im besonderen Verhältnis zu Israel, sondern auch in den engen Beziehungen zu den Palästinensern begründet. Die momentane Situation für Jordanien und insbesondere für Regierung und Königshaus stellt sich als Bewährungsprobe dar. Dieses Papier stellt diese Bewährungsprobe vor dem Hintergrund der wechselhaften Geschichte der jordanisch-israelischen Beziehungen dar.

Landesdaten Jordanien

Regierungsform: Konstitutionelle Monarchie

Bevölkerung: 6.198.677 Millionen (2008)

Fläche: 89.342 km²

BIP pro Kopf: 2.766 US-Dollar (2007)

Wirtschaftswachstum 2005-2006-2007: 7,1% - 6,3% - 5,7%

Human Development Index: 0,769 (Rang 90 von 179) (2006)

Gini-Index: 38,8 (2002-03) (Rang 59 von 127)

Corruption Perceptions Index: Rang 47 von 180 (2008)

Ethnische Gruppen: 99,2% Araber (8% irakische Flüchtlinge; der Rest der Bevölkerung besteht aus den etwa gleich großen Gruppen der Palästinenser und der Autochthonen. Letztere setzen sich aus diversen Beduinenstämmen und den Bevölkerungen der vorstaatlichen Emirate der Region zusammen)

Religionen: 93% sunnitische Muslime, 5% Christen, 2% Sonstige

Geschichte der Beziehungen zwischen Jordanien und Israel

Die Beziehungen zwischen dem jüdischen Staat Israel und dem arabischen Staat Jordanien waren seit jeher von Ambivalenzen geprägt. In mehreren Kriegen standen sich israelische und jordanische Truppen gegenüber. Demgegenüber gab es aber auch immer wieder Perioden der Ruhe und Annäherung.

Der Krieg von 1948 veränderte zunächst die Region in großem Umfang: das Westjordanland und Ostjerusalem (welche laut UN-Teilungsplan von 1947 als Teile Palästinas anzusehen waren) standen nach dem Krieg unter der

Kontrolle des jordanischen Königs.¹ Der Gazastreifen wurde von Ägypten verwaltet. Aber auch Israel konnte Gebietsgewinne verzeichnen. Ein eigenständiger Staat Palästina, wie ihn die Briten mit Ende ihrer Mandatszeit in der Region den Palästinensern in Aussicht gestellt hatten und wie ihn der Teilungsplan der UN von 1947 vorsah, rückte in weite Ferne. Hunderttausende Palästinenser flohen als Reaktion auf den Krieg oder wurden vertrieben. Die Spannungen in der Region wuchsen in den nachfolgenden Jahren, da sich die palästinensischen Flüchtlinge kaum in die Gesellschaften der arabischen Nachbarstaaten integrierten.

Nach der ersten kriegesischen Konfrontation zwischen Israel und Jordanien kam es zu mehreren informellen Kontakten zwischen den Herrschenden beider Länder. Die formellen und offiziellen Kontakte zwischen Israel und Jordanien blieben auf die Teilnahme an der „Israeli-Jordanian Armistice Commission“ (Gründung 1949) beschränkt. In den kommenden Jahren kam es aber mehrfach zu informellen und inoffiziellen Unterzeichnungen von bilateralen Abkommen zwischen den beiden Staaten und zur Aufnahme von Gesprächen (Luterbacher 2004:163).

Ein Friedensabkommen zwischen den Staaten konnte aber nicht geschlossen werden, da König Hussein von Jordanien aus innen- und regionalpolitischen Gründen weder geheime noch offizielle Friedensverhandlungen mit Israel führen konnte (Schreiber et al. 1993:176). Hussein hatte zu dieser Zeit vor allem den Anspruch, aus dem von der britischen Protektormacht geschaffenen Staat Jordanien eine nationale Einheit zu formen (Bligh 2002:80). Diese Einheit konnte sich vor allem hinter dem gemeinsamen Feind Israel versammeln, da auf dem jordanischen Staatsgebiet diverse traditionelle Emirate bestanden hatten und die Legitimität der Haschemitischen Herrschaft aus historischer Sicht fragwürdig war (Dieterich 1998). Transjordanien und die mit dem Krieg von 1948 dazu gewonnenen Gebiete, Westjordanland und Ostjerusalem, sollten erst mit den Jahren der Regentschaft König Husseins von einem Flickenteppich aus Beduinenstämmen und Emiraten zu einem (relativ) einheitlichen, stabilen Königreich Jordanien werden.

Die wechselvolle Geschichte zwischen Israel und Jordanien setzte sich über die Jahre fort. Den Tiefpunkt der Beziehungen stellten die Jahre nach dem israelischen Angriff auf das jordanische Dorf Samua im November 1966

dar. Dieser war erfolgt, um anti-israelische Aktivitäten im damals noch jordanisch kontrollierten Westjordanland zu unterbinden (Mutawi 1987:69 ff). Im wenige Monate später ausgebrochenen „Sechs-Tage-Krieg“ von 1967 standen sich wieder israelische und jordanische Truppen gegen-

Abbildung 1: Jordanien



Quelle: CIA World Factbook

über. Jahre des gegenseitigen Misstrauens folgten, in denen es jedoch trotz aller Widerstände zu direkten und indirekten Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien auch unter Einbeziehung der US-Regierung kam (Bligh 2002:105 ff). Auch kriegesische Auseinandersetzungen in der Region ohne jordanische Beteiligung an Kampfhandlungen, wie der Suez-Krieg 1956 und der Yom-Kippur-Krieg von 1973,² involvierten Jordanien und belasteten das Verhältnis zu Israel, immer wieder jedoch folgten Annäherung und Geheimgespräche³ zwischen den beiden Staaten.⁴

² Während der Suez-Krise waren Ägypten und Jordanien durch ein Verteidigungsabkommen verbunden, während Großbritannien wiederum vertraglich verpflichtet war, Jordanien Beistand zu leisten. Lediglich aufgrund massiven britischen Drucks auf Israel und Jordanien trat König Hussein nicht in den Krieg ein. Im Yom-Kippur-Krieg stationierte Jordanien Truppen auf den damals syrisch kontrollierten Golan-Höhen, wodurch das gegen Israel kämpfende syrische Militär entlastet werden sollte.

³ Die israelische Zeitung „Maariv“ veröffentlichte eine Liste von insgesamt 22 geheimen Treffen König Husseins mit israelischen Politikern (Kocher 1996: 67).

⁴ 1962 kam es zur Gründung eines israelisch-jordanischen Grenzkomitees. Hier zeigt sich bereits deutlich das besondere Verhältnis der beiden Staaten, welches über die Jahrzehnte hinweg gestützt wurde. Durch die Aufrechterhaltung dieser Kooperation erhöhte sich das Ansehen Jordaniens in der Welt und besonders in den Augen der USA.

¹ Das heutige jordanische Staatsgebiet nannte man damals Trans- oder Ostjordanien.

Unsichere Zeiten für das Hashemitische Königshaus

Durch die erheblichen territorialen Zugewinne, die Israel durch den ersten arabisch-israelischen Krieg zu verzeichnen hatte, befand sich etwa die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung unter israelischer Kontrolle. Bereits 1964 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet, womit eine Wendung in der jordanischen Israel-Politik einherging. Diese Wendung manifestierte sich in praktischer Politik: Die Kooperation mit den arabischen Staaten der Region gewann für Jordanien immer mehr an Bedeutung, auch wenn Israel weiterhin nach bilateralen Verhandlungen mit Jordanien strebte.

Die Herrschaft König Husseins bzw. die des Hashemitischen Königshauses geriet in den Jahren zwischen jordanischer Staatsgründung, territorialem Zugewinn 1948 und den Kriegen in der Region mehrmals ins Wanken. Die Jordanier fühlten sich nicht ausreichend durch ihren König geschützt. Es gab palästinensische Unruhen im israelisch besetzten Westjordanland, aber auch in Jordanien selbst. Mit dem Ende des „Sechs-Tage-Kriegs“ von 1967 konnte das Hashemitische Königshaus trotz Verlust des Westjordanlandes und Ostjerusalems an Israel zwar seinen Thron retten. Jedoch verlor Jordanien den Zugang zu wichtigen Wasserressourcen und hatte einen erneuten Zustrom an Flüchtlingen zu verkraften.

Mit dem „Schwarzen September“ 1970, dem Krieg der PLO gegen die jordanische Armee, hätte das Königshaus dann erneut beinahe die Herrschaft in Jordanien verloren. Da Syrien und der Irak auf Seiten der PLO in die Kämpfe eingriffen, entwickelten sich die Auseinandersetzungen zu einer ernsthaften Bedrohung für die Herrschaft König Husseins. König Hussein bekam in dieser Situation unerwartet Unterstützung von Seiten Israels, das sogar ein militärisches Eingreifen in den Konflikt in Erwägung zog.⁵

Jordanien entstand 1923 nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches und das Königshaus hat sich immer bemüht, einen Mythos der islamischen königlichen Dynastie als Teil einer großartigen Tradition darzustellen, die weiter getragen würde. Dies umfasste, dass sich das Königshaus als Schützer der heiligen Stätten des Islam in Israel begriff. Das Königshaus betrachtet sich daher in einer besonderen Position als „buffer in front of Israel“

(Bligh 2002:79). Der Zusammenbruch Jordaniens oder der Sturz des Königs wären daher als gesamt-arabische Katastrophe anzusehen.

Jordanien im israelisch-palästinensischen Konflikt

Jordaniens Position im israelisch-palästinensischen Konflikt war stets eine spezielle, lebte in Jordanien doch der Großteil palästinensischer Flüchtlinge. Etwa die Hälfte der jordanischen Bevölkerung ist palästinensischer Herkunft.⁶ Diese große Anzahl Palästinenser im Land wird als Belastung und Verantwortung empfunden. Jordanien hat die meisten der palästinensischen Flüchtlinge aus Israel aufgenommen (Thränhardt 2002:177) und hatte über Jahrzehnte hinweg bei Verhandlungen auf internationaler Ebene als Vertretung der Palästinenser agiert (Dieterich 2004:13). Diese Tatsache führte zu Problemen in der jordanischen Gesellschaft. Die jordanische Regierung und Bevölkerung hat große Bedenken gegen die massive Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung durch die palästinensischen Flüchtlinge. Dies drückte sich unter anderem in der Losung „Jordan is Jordan and Palestine is Palestine“ der „einheimischen“ Jordanier aus, welche sich wiederum von israelischer Seite durch das Schlagwort „Jordan is Palestine“ unter Druck gesetzt fühlten.

„Jordanian Option“: Problem für Königshaus, Jordanier und palästinensische Flüchtlinge

Die „Jordanian Option“ war eine Losung, die seit den 1970er Jahren von rechten und konservativen Politikern in Israel vertreten wurde und die besagte, dass es keinen Grund gäbe, einen eigenständigen palästinensischen Staat zu gründen, da es bereits einen gäbe – nämlich Jordanien. Der Großteil der Bevölkerung seien schließlich Palästinenser. So fürchtete das Hashemitische Königshaus vor allem den Umsturz und eigenen Machtverlust im Land. Die Aufgabe dieser Losung von Seiten Israels erfolgte mit dem Friedensprozess in den 1990er Jahren. Auch die konservative Likud-Partei unter Jitzchak Shamir (1983-1992) nahm die damalige konziliante innenpolitische Stimmung des Landes auf und machte einen drastischen Schwenk in ihrer außenpolitischen Haltung.⁷ Dennoch wurde und wird

⁵ So äußerte die damalige israelische Premierministerin Golda Meir: „Wenn die Regierung König Husseins stürzt, könnte Israel gezwungen sein, zum Schutze seiner Grenzen einzugreifen“ (Haas 1975: 472).

⁶ Der Anteil von Palästinensern an der jordanischen Bevölkerung ist politisch sensibel und verlässliche Zahlen sind aus diesem Grund nicht verfügbar.

⁷ Zum Abschluss kontroverser innerparteilicher Diskussionen verkündete der Likud-Vorsitzende Benjamin Netanjahu (1993-1996) schließlich „that

Abbildung 2: Westjordanland



Quelle: CIA World Factbook

in Jordanien die Möglichkeit eines erneuten Aufgreifens dieser Parole befürchtet.⁸

Gespanntes Verhältnis: Jordanien und die Palästinenser

Das Verhältnis zwischen Jordanern und Palästinensern ist schwierig: zum einen benötigen die Palästinenser jordanien-

sche Unterstützung um in den Auseinandersetzungen mit Israel ihre Position durchsetzen zu können, zum anderen befürchten die Jordanier die großen politischen Auseinandersetzungen im israelisch-palästinensischen Konflikt im eigenen Land austragen zu müssen und somit das eigene Land in die Instabilität zu führen. Zentrale Problemfelder sind hier Gründung und territorialer Umfang eines palästinensischen Staates und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

1987 während der ersten Intifadah und auch 2000 mit Beginn der zweiten Intifadah fürchtete Jordanien ein Überschwappen dieser und der damit verbundenen Gewaltausbrüche ins eigene Land (Frisch 2004:69). Im Zuge des ersten palästinensischen Aufstands entschied sich König Hussein, Jordaniens Verzicht auf das Westjordanland und Ostjerusalem bekannt zu geben. Hiermit sollte vor allem die Auseinandersetzung um ein unabhängiges Palästina definitiv nach Israel verlagert werden. Innenpolitisch sollten hiermit die Stabilität Jordaniens und insbesondere die Herrschaft des Königshauses gesichert werden.

Jordanien, die Palästinenser und der Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait

Mit dem Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait und der darauf folgenden, von den USA angeführten militärischen Intervention 1990/1991 zeigten sich die tiefen politischen Risse in der Region erneut. Die PLO unterstützte den Irak und stellte sich damit gegen andere arabische Staaten der Region. Es gab eine Vielzahl von Demonstrationen zur Unterstützung Saddam Husseins, sowohl in den besetzten Gebieten als auch in Jordanien selbst. Für die Palästinenser erschien Saddam Hussein als „the only Arab leader willing to stand up to the West“ (Schulze 1999:83). Die PLO erlitt einen großen Vertrauensverlust im Nahen Osten, da sich wichtige Staaten der Region durch den Irak und seinen mit der Annexion Kuweits verbundenen Machtzuwachs bedroht fühlten. So stellte z.B. Saudi-Arabien im Zuge dessen seine finanzielle Unterstützung für die PLO ein.

Die arabische Welt spaltete sich in einen Teil, der sich gegen Saddam Hussein aussprach und einen, der seine Unterstützung zusicherte. Zu letzteren Staaten gehörte auch Jordanien. Jordanien unterhielt seit dem Ersten Golfkrieg (1980-1988) gute Beziehungen zum Irak. Geschäfte mit dem Irak wurden für Jordanien seit Mitte der 1980er Jahre zu einem der wichtigsten Posten in der Handelsbi-

Ariel Sharon's 'Jordan is Palestine' position was not shared by [Sharon] personally or by his party“ (zitiert nach Shlaim 1995: 30). An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass in der wissenschaftlichen Literatur auch die Meinung vertreten wird, der einflussreiche Mitbegründer des Likud Ariel Sharon habe seine „Jordan is Palestine“-Haltung in Wahrheit gar nicht aufgegeben. Seine 'Bemühungen' um eine Zwei-Staaten-Lösung seien nur vorgeschoben, da ein palästinensischer Staat, der nur 80% des Westjordanlands umfasse, nicht lebensfähig sei. Sharon hoffe, dass ein palästinensischer Staat langfristig mit Jordanien verschmelze (Sussman 2005).

⁸ So äußerte sich der damalige jordanische Außenminister Muasher im Jahre 2004: „We are afraid that the day might come when Israeli leaders might argue 'Jordan is Palestine'“ (Regierung Jordaniens 07.01.2009).

lanz. Da 90% des jordanischen Ölbedarfs zu äußerst günstigen Preisen vom Irak bezogen wurden, befand sich Jordanien tendenziell in einer Position der Abhängigkeit (Köhler 1990:4). Aufgrund der pro-irakischen Haltung Jordaniens und der nicht unbegründeten Angst vor der Stationierung irakischer Truppen in Jordanien drohte Israel dem Staat mit militärischem Eingreifen (ibid). In dieser Situation belasteten die Palästinenser in Jordanien durch ihre offen gezeigte Unterstützung für Saddam Hussein zusätzlich die Beziehungen zu Israel und den arabischen Staaten, die sich gegen Saddam Hussein aussprachen. Damit verstärkten sich im jordanischen Königshaus Befürchtungen um den Erhalt der Herrschaft.

Zeiten des Wandels: „The Kings Peace“

Im Zuge der Nahost-Friedensverhandlungen Anfang der 1990er Jahre nach dem Zweiten Golfkrieg (1990-1991) und dem Rückzug Saddam Husseins aus Kuwait, entspannte sich die Situation zwischen Jordaniern und Israelis. Neben dem „Treaty of Peace between the State of Israel and the Hashemite Kingdom of Jordan“ vom 26. Oktober 1994⁹ wurde eine Reihe weiterer Abkommen unterzeichnet, die den Umgang miteinander und die Kooperation zwischen den Staaten regelten. Die Situation für das Königshaus blieb aber angespannt.

König Hussein musste diesen Frieden und die Nachfolgeabkommen gegen die Mehrheit in der eigenen Bevölkerung durchsetzen. Eine offene Spaltung zwischen Königshaus und öffentlicher Meinung hätte die Stabilität Jordaniens gefährden können. Dank der charismatischen Persönlichkeit Husseins kam es jedoch nicht dazu. Weithin jedoch wurde der Frieden mit Israel als „The Kings Peace“ bezeichnet, was die geringe Akzeptanz des Vertrages in der Bevölkerung anzeigte. Um die Beziehungen zu den Palästinensern zu verbessern wurde nach dem Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien im Januar 1995 ein Abkommen zwischen Amman und der PLO unterzeichnet. Dieses hob den guten Charakter der Beziehungen hervor.¹⁰ Nicht zuletzt zeigte das Abkommen, dass eine pro-palästinensische Position des Haschemitischen Königreiches auch für die Palästinenser von großer Bedeutung war.

Der Status Jerusalems als weiterer Konfliktherd

Der Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien brachte nicht die erhofften Fortschritte im Verhältnis zwischen den drei Parteien Israel, Jordanien und PLO. Im Gegenteil: Da der Friedensvertrag auch andere Konfliktpunkte zwischen Jordanien und den Palästinensern berührte, führte er zu einer Verkomplizierung der Situation zwischen Jordanien und den Palästinensern (Frisch 2004:59). Dies betraf vor allem den Status Jerusalems. Die Palästinenser reklamierten Ost-Jerusalem als Hauptstadt des noch zu gründenden palästinensischen Staates, ebenso erhob Jordanien jedoch erneut Anspruch auf die Stadt. Im Friedensvertrag von 1994 wurde Jordanien eine privilegierte Rolle in Bezug auf Jerusalem eingeräumt, da sich das Hashemitische Königshaus als Wächter über die Heiligen Stätten des Islams in Jerusalem begreift. So wurde Jordanien im Art. 9 des Friedensvertrages zwischen Israel und Jordanien zugesichert, dass bei zukünftigen Verhandlungen über die Stadt Jordanien eine „hohe Priorität in Bezug auf die heiligen Stätten eingeräumt“ wird. Die PLO, insbesondere ihr damaliger PLO-Führer Arafat, reagierte empört. Nach Meinung der palästinensischen Autonomieverwaltung wurde hiermit der von allen arabischen Staaten anerkannte Anspruch der PLO auf Jerusalem als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates negiert.

Jedoch hatte sich Israel 1993 vertraglich gegenüber der PLO verpflichtet, im Rahmen der Verhandlungen über den endgültigen Status des Gazastreifens und des Westjordanlands auch die Jerusalem-Frage zu klären. Mit dem Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien schienen diese Vereinbarungen ungültig zu werden. Dieses Problem ist bis heute ungelöst. Zwar schränkte König Hussein die zeitliche Geltung der Klausel im Friedensvertrag von 1994 ein und verkündete, diese gelte nur, bis die Jerusalem Hauptstadt eines palästinensischen Staates sei. Sollte die PLO jedoch ihren Anspruch auf Ostjerusalem gegenüber Israel nicht durchsetzen können, behielt Jordanien seine Sonderrolle. Diese nach wie vor unklare Situation trägt nicht zur Stabilisierung der Region bei.

⁹ Im Internet einzusehen unter:
<http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Israel-Jordan+Peace+Treaty.htm> (08.01.2009).

¹⁰ Jordanian-Palestinian General Agreement for Cooperation and Coordination, Amman, 26. Januar 1995.

Israelischer Militärschlag in Gaza – Belastung für das jordanische Königshaus

Der israelische Militärschlag in Gaza rückte Jordanien und sein Königshaus erneut in das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Mit größtem Interesse wurde das Agieren des Hashemitischen Herrschers betrachtet. Hierfür ist neben der großen Anzahl palästinensischer Flüchtlinge inklusive ihrer Nachkommen in Jordanien auch der Friedensvertrag mit Israel verantwortlich.

König Abdullah und die Reaktionen externer Akteure

Andere muslimische Führer suchten das Gespräch mit dem Hashemitischen König und nicht mit dem ägyptischen Präsidenten oder anderen Staatsefs der Region. Dies ist Jordaniens besonderer Position in der Gesamtgemengelage geschuldet. Beispielhaft kann hier der marokkanische König Mohammed VI. genannt werden, der sich in einem direkten Telefongespräch am 08.01.2009 an König Abdullah gewandt hatte (Außenministerium Jordanien 08.01.2009). Auch der libysche Präsident Muammar Gaddafi hat sich in einem Schreiben an den jordanischen König für eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Beendigung des israelischen Militärschlags geworben (Jordan News Agency „Petra“ 12.01.2009). König Abdullah hat sich im Kontext des jüngsten Gaza-Krieges mit einer Vielzahl von Politikern getroffen, unter anderem mit der EU-Delegation und dem französischen Präsidenten Sarkozy, um in Richtung eines Waffenstillstandes und neuer Friedensbemühungen zu beeinflussen.

König Abdullah zwischen diplomatischem Handeln, humanitärer Hilfe und Bevölkerungsreaktionen

Die Verantwortung Jordaniens gegenüber den Palästinensern, aber auch ihre Sorge um das eigene Land und die Befürchtungen des Hashemitischen Königshauses bezüglich des eigenen Machtverlustes spiegeln sich in diesen Gesprächen deutlich wider. „There is a conspiracy being concocted against the Palestinian people“ (Jordan Times 07.01.2009) warnte König Abdullah dann auch mit Blick auf die öffentliche Meinung unter Palästinensern und betonte, dass alle arabischen Staaten und die internationale Gemeinschaft in die Entschärfung der Situation eingebunden werden müssten. Zentral sei zudem die Stabilisierung

der gesamten Region, die im Mittelpunkt stehen müsse, sobald sich die Lage der Zivilbevölkerung deutlich gebessert habe und Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern wieder aufgenommen seien (Jordan Times 07.01.2009). Hier wird die Sorge um das eigene Land besonders deutlich und die Aussage macht kenntlich, dass Probleme der Palästinenser auch jordanische Probleme sind. Die Frage ist stets, wie sich die Bevölkerung in Jordanien verhält und wie das Königshaus. Ein Auseinanderdriften der Positionen könnte sich als extrem problematisch für das Herrscherhaus und für Jordanien, aber auch für die Stabilität der gesamten Region erweisen.

Zudem hat sich König Abdullah mit dem palästinensischen Präsidenten Abbas getroffen, um die Situation zu erörtern. Unter anderem forderte er die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1869, in der ein Ende der Gewalt in Gaza gefordert wird. Die israelische Regierung solle vor allem medizinische und humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zulassen. Wieder betonte der König die Wichtigkeit der Internationalen Staatengemeinschaft und drängte auf eine gemeinsame Linie zur Beendigung des israelischen Militärschlags. Jordanien setze sich für einen sofortigen Waffenstillstand ein.

Die jordanische Regierung bemühte sich nicht nur auf diplomatischem Wege, die Situation für die Palästinenser im Gazastreifen, aber indirekt auch für das eigene Land und das Herrscherhaus zu verbessern. So wurden z.B. medizinische und andere Hilfsgüter in den Gazastreifen durch die „Jordan's Hashemite Charity Organization“ (JHCO) verschickt (Jordan News Agency „Petra“ 08.01.2009). Inzwischen sind zahlreiche solcher Hilfskonvois in den Gazastreifen gelangt.

Die Bevölkerung reagierte mit Solidaritätsbekundungen, Gebeten und Spenden: in den Moscheen des Landes wird für die Palästinenser gebetet, die Imame rufen zu Spenden auf (Jordan News Agency „Petra“ 02.01.2009). Es gab seit Dezember 2008 und dem Beginn des israelischen Militärschlags zahlreiche Demonstrationen, bei denen zur Unterstützung der Palästinenser aufgerufen und ein Ende der Gewalt gefordert wurde (Jordan News Agency „Petra“ 29.12.2008). König Abdullah rief unterdessen zu Blutspenden für die Palästinenser im Gazastreifen auf.

Wie angespannt aber die Situation für Regierung und Herrscherhaus ist und welche Bewährungsprobe der Militärschlag in Gaza auch für Jordanien darstellte, verdeutlichte die Aussage des jordanischen *Minister of State for Media Affairs and Communications*, Nasser Judeh, der

sich aufgrund der großen Solidaritätsbekundungen der Bevölkerung gezwungen sah zu unterstreichen, dass die Regierung „in one rank behind the leadership of His Majesty King Abdullah“ stehe und betonte: „We are unique in Jordan as our public and official positions are the same“ (Jordan News Agency „Petra“ 29.12.2008). Diese demonstrative Unterstützung des Königs offenbarte allerdings vor allem die bröckelnde Popularität König Abdullahs und diente gerade dazu, die Kritik als irrelevant erscheinen zu lassen. Üblicherweise wurde in Jordanien die unkonditionelle Unterstützung des Königs durch die Regierung für selbstverständlich gehalten und nicht besonders betont.

Die Hoffnung, die auf das Hashemitische Königshaus aufgrund des Friedensvertrages und der besonderen Position, die Jordanien daher einnimmt, gesetzt wird, ist berechtigt. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass sich der israelische Militärschlag in Gaza auch als Belastungsprobe für Jordanien und das Königshaus darstellt. Bisher gelang es König Abdullah und seiner Regierung erfolgreich, dieser Herausforderung zu begegnen. Anscheinend hat die rhetorische Unterstützung für die Palästinenser auch die Bevölkerung im eigenen Land zufrieden gestellt. Der Ausgleich zwischen allen politischen Kräften in Jordanien scheint zu funktionieren. Wie das Herrscherhaus und die jordanische Regierung jedoch aus dieser Bewährungsprobe herausgehen werden, wenn es nicht gelingen sollte, die israelische Seite zu einem endgültigen Frieden und neuen Verhandlungen zu bewegen, bleibt abzuwarten. Der Druck auf König Abdullah nimmt zu.

Literatur:

- Außenministerium Jordanien (08.01.2009): Moroccan King Discusses Ways to Stop the Israeli Incursion in Gaza
http://www.mfa.gov.jo/wps/portal/FMEnglishSite?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/wps/wcm/connect/Foreign+Ministry+WS/Home/ (08.01.2009)
- bfai (Bundesagentur für Außenwirtschaft) (2008): Wirtschaftsdaten Kompakt, Jordanien. Stand: Mai 2008
https://www.gtai.de/ext/anlagen/MktAnlage_5987.pdf (08.01.2009)
- Bligh, Alexander (2002): The Political Legacy of King Hussein. Brighton: Sussex Academic Press
- Dieterich, Renate (1998): Die ausbleibende Friedensdividende. Jordaniens nationale Probleme spitzen sich zu, in: Politik und Gesellschaft Online International Politics and Society 3/1998
<http://www.fes.de/IPG/>
- Dieterich, Renate (2004): Gefährliche Gratwanderung: Jordaniens prekäre Lage angesichts von Wirtschaftskrise, Irakkonflikt und Palästina-Problem. DOI-Focus, Nr. 13, Januar 2004
- Frisch, Hillel (2004): Jordan and the Palestinian Authority: Did Better Fences Make Better Neighbors? in: Middle East Journal, Vol. 58, No. 1, Winter 2004, S. 52-71
- Jordan Times (07.01.2009): King Warns of „Conspiracy“ Against Palestinian Rights
<http://www.jordantimes.com/?news=13310> (07.01.2009)
- Jordan News Agency „Petra“ (29.12.2008): Judeh Meets Delegation Representing Demonstrators Protesting Israeli Aggression on Gaza
<http://petra.gov.jo/Artical.aspx?Lng=1&Section=&Artical=78268> (08.01.2009)
- Jordan News Agency „Petra“ (02.01.2009): Prayers in Jordanian Mosques Friday for Gaza Martyrs
<http://petra.gov.jo/Artical.aspx?Lng=1&Section=1&Artical=78888> (08.01.2009)
- Jordan News Agency „Petra“ (08.01.2009): RJ Sends Medical Aid Jet to Gaza
<http://petra.gov.jo/Artical.aspx?Lng=1&Section=1&Artical=80555> (08.01.2009)
- Jordan News Agency „Petra“ (12.01.2009): King Receives Letter From Libyan President
<http://petra.gov.jo/Artical.aspx?Lng=1&Section=8&Artical=81064> (12.01.2009)
- Jordan News Agency „Petra“ (12.01.2009): King Meets Palestinian President
<http://petra.gov.jo/Artical.aspx?Lng=1&Section=8&Artical=81064> (12.01.2009)
- Jordanian-Palestinian General Agreement for Cooperation and Coordination, Amman (26. Januar 1995), in: Journal of Palestine Studies, Vol. XXIV, No. 3, Spring 1995, S. 138-142
- Kocher, Victor (1996): Der neue Nahe Osten: Die arabishe Welt im Friedensprozeß. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung
- Köhler, Wolfgang (1990): Jordanische Furcht vor einem israelischen Angriff, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 1990, S. 4
- Regierung Jordaniens (07.01.2009): „Jordans Position on Current Conflict Between Israel and the

Palestinians“, in:

<http://www.jordanembassyus.org/new/me/indexme1.shtml> (07.01.2009)

- Luterbacher, Matthias (2004): Frieden am Jordan? Der jordanisch-israelische Friedensvertrag vor dem Hintergrund des Nahostkonfliktes. St. Gallen: Universitätschrift St. Gallen
- Mutawi, Samir (1987): Jordan in the 1967 war. Cambridge: Cambridge University Press
- Scham, Paul, L.; Lucas, Russel, E. (2003): „Normalization“ and „Anti-Normalization“ in Jordan: The Public Debate, in: Karsh, Efraim / Kumaraswamy, P.R. (2003) (Hrsg.): Israel, the Hashemites and the Palestinians: The Fateful Triangle. London: Cass, S. 141-165
- Schreiber, Friedrich / Wolffsohn, Michael (1993): Nahost: Geschichte und Struktur eines Konfliktes. Opladen: Leske und Budrich
- Schulze, Kirsten E. (1999): The Arab-Israeli Conflict. New York: Longham
- Shlaim, Avi (1995): Israeli Politics and Middle East Peacemaking, in: Journal of Palestine Studies, XXIV, No.4, Sommer 1995, S. 20-31
- Sussman, Gary (2005): Ariel Sharon und die jordanische Option, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 08/05, S. 987-998
- Thränhardt, Dietrich (2002): Bevölkerungsentwicklung und Migration im Nahen Osten und die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge, in: Klein, Uta / Thränhardt, Dietrich (2002) (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedens Chancen im Nahen Osten. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 175-189

Informationsquellen im Internet

Auswärtiges Amt, Berlin, Deutschland, Basisinformation Jordanien:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Jordanien.html> (07.01.2009)

CIA World Factbook Jordanien:

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/jo.html>

Jordanisch-israelischer Friedensvertrag:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Israel-Jordan+Peace+Treaty.htm> (08.01.2009)

Transparency International:

http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2008 (11.01.2009)

UN –Teilungsplan von 1947:

<http://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf> (23.01.2009)

Impressum:

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurde 1978 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg zur empirischen und theoretischen Erforschung von Kriegsursachen ins Leben gerufen. Als Projekt „Forschenden Lernens“ beruht sie wesentlich auch auf den Forschungsleistungen von Studierenden. Durch die Herausgabe des Jahrbuchs „Das Kriegsgeschehen“ stellt die AKUF kontinuierlich aktuelle Daten zu zeitgenössischen Konflikten für Wissenschaft und Öffentlichkeit bereit.

Die **AKUF Analysen** erscheinen unregelmäßig und bieten Informationen zu einzelnen Konflikten und Themen des weltweiten Kriegs- und Konfliktgeschehens. Sie sind in elektronischer Form und als Druckversion verfügbar.

ISSN: 1867-0792

Redaktion: Felix Gerdes, Stephan Hensell, Wolfgang Schreiber; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Felix Gerdes

Kontakt: Postanschrift: AKUF, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg

E-Mail: akuf@sozialwiss.uni-hamburg.de

Web: www.akuf.de